

Tagung „Kopenhagen und der Süden“ von Alliance Sud
Freitag, 30. Oktober 2009, 8.45–13.15 Uhr, Kultur-Casino, Bern

Die Forderungen von Alliance Sud an den Bundesrat

Rosmarie Bär, Koordinatorin für Entwicklungspolitik, Alliance Sud

Grosse Gefahren erfordern drastische Metaphern. In einer von Fernsehbildern geprägten Welt gilt dies erst recht. Die Unter-Wasser-Kabinettsitzung der Regierung der Malediven von Mitte Oktober war eine solch spektakuläre Metapher. Damit wollte sie der Weltöffentlichkeit vor Augen führen, um was es in Kopenhagen für die Inselstaaten gehen wird, die durch den Anstieg des Meeresspiegels vom Untergang bedroht sind. *„Wenn die Malediven jetzt nicht gerettet werden können, dann glauben wir kaum, dass es für den Rest der Welt noch Hoffnung gibt“*, war die Botschaft von Präsident Mohamed Nasheed an die Verantwortlichen der kommenden Klimakonferenz.

Zur gleichen Zeit appellierte auch die internationale NGO „Care Africa“ an die Staatengemeinschaft: Die menschenunwürdige Situation in den von der Dürre geplagten Staaten Afrikas *„sei ein Fanal für den Klimagipfel in Kopenhagen“*. Allein in Äthiopien hungern über 6 Millionen Menschen.

„Kopenhagen muss gelingen!“ Dies ist 39 Tage vor Konferenzbeginn weltweit auch der dringlichste Appell. In rund 180 Ländern hat ihm letztes Wochenende die Zivilgesellschaft mit phantasievollen Wake-up-calls Nachdruck verschafft.

Denn von der Verhandlungsfront selber kommen düstere Zeichen. Je mehr sich das Klima erwärmt, desto frostiger wird das Verhandlungsklima. Das Misstrauen zwischen reichen und armen Ländern habe sich bei den Verhandlungen in Bangkok verstärkt, so die Einschätzung von Yvo de Boer, Chef des UNO-Klimasekretariates. Noch im März gab sich Prof. Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimaforschung optimistisch, als er in der dänischen Hauptstadt die neuesten, erschreckenden Daten über den Verlauf und die Folgen des Klimawandels vorlegte. Zitat: *„Die Botschaft der Wissenschaft ist so klar, dass die Politik keine Ausrede mehr hat.“*

Wie sehr er sich mit dieser Einschätzung getäuscht hat, zeigen die Schlussfolgerungen der beiden grossen Verhandlungsblöcke des Welt-Südens und des Nordens nach der Verhandlungsrunde in Bangkok: *„Die entwickelten Staaten ignorieren ihre historische Verantwortung“*, sagte Lumumba D'Aping, Sprecher der G-77. *„Die Entwicklungsländer müssen uns zuerst eine Ahnung vom dem geben, was sie anzubieten haben. Dann können wir unsere Karten auf den Tisch legen“*, verlangte der Chefunterhändler der EU, Anders Turensen.

Auf so viel Borniertheit kann man fast nur noch sarkastisch reagieren, so wie es der frühere Weltbankökonom Nicholas Stern in seinem neusten Klimabuch tut: *„Wäre die Welt eine Bank“*, schreibt er, *„wäre sie längst gerettet.“* Seinen Spruch habe ich kürzlich auf einem Auto-Kleber in Berlin wieder gefunden.

Der Tauchgang der maledivischen Regierung illustriert den Zynismus der weltweiten Klimadebatte: Millionen von Menschen sind durch das Abschmelzen der Pole und das Steigen des Meeresspiegels

in ihrer Existenz bedroht. Gleichzeitig befürchten die hochindustrialisierten Länder wie die Schweiz, ein etwas höheres CO₂-Reduktionsziel könnte den Wirtschaftsstandort benachteiligen. Die Erdölvereinigung hat der nationalrätlichen Kommission, die das neue CO₂-Gesetz beraten wird, einen Brief geschrieben, in dem steht: *„Die Zielsetzungen und Massnahmen setzen deutlich schärfere Vorgaben als bisher. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz, solange im Verhältnis zu unseren wichtigsten Konkurrenten keine Opfersymmetrie geschaffen wird.“* Und dann kommt's unverfroren: *„Wir empfehlen ihnen, die Revision des CO₂-Gesetzes an den Bundesrat zurückzuweisen oder mindestens zu sistieren.“* Siegesicher schreibt der Verband: *„Es spricht nichts dagegen, die Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ zeitlich vorgezogen zur Abstimmung zu bringen. Wir sind überzeugt, dass diese Initiative nicht mehrheitsfähig ist.“*

Der Brief der Erdölvereinigung zeigt, in welchem politischen Wettlauf sich die schweizerische Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik befindet, in der viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, darunter Alliance Sud, zusammenarbeiten. Während sich in den südlichen Regionen der Welt die sozial-ökologische Krise mit wachsender Armut, Hunger und dem Verlust der biologischen Vielfalt verschärft, dominieren in den Industrieländern vor allem einflussreiche Lobbygruppen die Klimadiskussion. Kurzfristige Standortinteressen und Renditedenken wollen den Bundesrat zum ‚Business as usual‘ verpflichten. Schlimm ist, dass die Erdöllobby wider besseres Wissen argumentiert. Nicolas Stern hat die ökonomische Frage, ob sich Klimaschutz lohnt, längst beantwortet. Ambitionierter Klimaschutz ist notwendig und finanzierbar und schadet der realen Wirtschaft nicht. Die Kosten für spätere Klima-Schäden lägen weit höher. Viele Folgen des Klimawandels können gar nicht monetarisiert werden.

In den zwei entscheidenden Punkten, der Reduktion der CO₂-Emissionen in den Industrieländern (Mitigation) und der Finanzierung der Anpassungsmassnahmen in den Entwicklungsländern (Adaptation), liegen bis heute keine Angebote auf dem Tisch, die als Verhandlungsbasis dienen könnten. Die Reduktionsziele, die von einzelnen Industrieländern genannt wurden, würden zu einem Temperaturanstieg von drei bis vier Grad führen – also keineswegs unter der Grossgefahrenschwelle von zwei Grad bleiben. Mit anderen Worten: Die unbeherrschbare Klimakatastrophe wird stillschweigend in Kauf genommen.

Auch von der Schweiz. Die 20-Prozent-Reduktion, die der Bundesrat vorschlägt – die Hälfte davon will er erst noch im Ausland realisieren – ist kein redliches Angebot. Es grenzt schon eher an Falschmünzerei. Der Bundesrat schreibt nämlich in seiner Botschaft zum CO₂-Gesetz: *„Bei der Festlegung der zukünftigen Reduktionsziele für die Schweiz stützt sich der Bundesrat auf wissenschaftliche Erkenntnisse des IPCC und den Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung in den internationalen Verhandlungen.“*

Wir wissen alle, dass der Weltklimarat IPCC von den Industrieländern bis 2020 eine Reduktion von 25–40 Prozent verlangt und nicht bloss 20 Prozent, und bei den Schwellenländern eine 30-prozentige Reduktion gegenüber dem Trendverlauf. Nur so ist die Grenze von 2 Grad Erderwärmung überhaupt noch zu halten. Der Bundesrat rechtfertigt das mickrige Reduktionsziel mit der Anlehnung an das EU-Ziel von ebenfalls 20 Prozent. Er verschweigt dabei, dass dies der Durchschnitt aller EU-Länder ist. Länder, die wirtschaftlich mit der Schweiz vergleichbar sind, haben sich weit ambitioniertere Reduktionsziele gesetzt. So haben sich z.B. England, Schottland, Schweden, unser Nachbar Deutschland und unser EFTA-Partner Norwegen auf 40 Prozent (plus/minus) verpflichtet.

Unsere erste/dringlichste Forderung an den Bundesrat: Die Schweiz bietet in Kopenhagen ein Reduktionsziel bis 2020 von 40 Prozent im Inland an. Das entspricht dem Verursacherprinzip und dem Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung.

Auch die Finanzierungsvorschläge der Industrieländer, die bis heute auf dem Tisch liegen, sind nicht geeignet, um die notwendige Verhandlungsdynamik in den Schwellen- und Entwicklungsländern auszulösen. Ebenso wenig reichen sie für die Hilfe an die Opfer der Klimaveränderung. Ohne massiven Finanztransfer von Nord nach Süd wird es kein globales Klimaschutzabkommen geben. Hilfe bei der Anpassung aber ist ein Gebot der kollektiven Überlebensstrategie, kein Gebot der Mildtätigkeit oder Barmherzigkeit.

Unsere Schätzung geht davon aus, dass die Industrieländer die Entwicklungsländer mit jährlich mindestens 160 Mrd. USD unterstützen müssen, um ihnen bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels zu helfen und eine globale Klimakatastrophe zu verhindern (Periode 2013 bis 2017).

Die 160 Mrd. USD verteilen sich wie folgt auf verschiedene Bereiche auf:

- 56 Mrd. USD für Anpassungsmassnahmen,
- 7 Mrd. USD für einen multilateralen Versicherungsmechanismus,
- 42 Mrd. USD für die Vermeidung von Entwaldung und Walddegradierung (REDD),
- 55 Mrd. USD für Treibhausgasreduktionen inkl. Technologietransfer.

Unsere Forderungen:

Die Schweiz setzt sich in Kopenhagen für Finanzierungsmechanismen ein, die eine verbindliche und kontinuierliche Generierung von zusätzlichen 160 Mrd. USD pro Jahr aus Industrieländern ermöglicht.

Die Schweiz erklärt sich bereit, für die Periode von 2013 bis 2017 jährlich 1.7 Mrd. CHF (1.6 Mrd. USD) für die verschiedenen Finanzierungswege zur Verfügung zu stellen. Dies entspricht einem Prozent der global nötigen 160 Mrd. USD pro Jahr.

Sämtliche Gelder für Adaptionsmassnahmen in Entwicklungsländern sind zusätzlich zur Entwicklungshilfe zu leisten. Dafür sind im CO₂-Gesetz geeignete Finanzierungsmechanismen zu verankern.

Ein Scheitern der Verhandlungen in Kopenhagen ist offiziell nicht vorgesehen. Aber es ist offensichtlich, dass die Skepsis über die Erfolgsaussichten wächst. Wie können wir verhindern, dass Kopenhagen ohne neuen Klimaschutzvertrag zu Flopenhagen wird? Über diese Frage wird hinter den Kulissen beraten. Man müsse „die Erwartungen managen, damit Kopenhagen nicht als Misserfolg empfunden wird“, wurde letzte Woche in Washington an einer Tagung der „Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden“ empfohlen. Im Klartext: Man dämpft die Erwartungen und spricht von einer politischen Erklärung, die man mit einigen Eckpunkten verabschieden könne. Und verweist schon auf weitere Verhandlungsrunden, in denen die komplizierten Details gelöst werden sollen. Die Zeit reiche ja noch, das neue Abkommen müsse erst 2013 in Kraft treten. Bereits bedient sich auch die Schweiz dieser Sprachregelung. Politisches Versagen wird als optimistische Lebenshaltung kaschiert, unter dem Motto: ‚Die Menschheit hat noch immer einen Ausweg gefunden‘. Ein solcher Optimismus ist bei genauerer Betrachtung bestenfalls salopp und schlimmstenfalls das, was Arthur Schopenhauer „ruchlosen Optimismus“ genannt hat. Der neueste Stand der wissenschaftlichen Ergebnisse und die täglich erduldeten

Realität von Millionen von Menschen zeugen von grosser Dringlichkeit. Deshalb muss Kopenhagen gelingen.

Offensichtlich ist das Problembewusstsein der kritischen und besorgten Weltöffentlichkeit weiter als die Verhandlungsbereitschaft der Politik. Die Zivilgesellschaft in aller Welt muss zu verhindern versuchen, dass in Kopenhagen die Politik dem Buch „Die Torheit der Regierenden, von Troja bis Vietnam“ ein weiteres Kapitel hinzufügt. Die Autorin, die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman, schreibt darin: *„In der Regierungskunst bleiben die Leistungen der Menschheit weit hinter dem zurück, was sie auf fast allen anderen Gebieten vollbracht hat.“* Heute kommt verschärfend hinzu, dass wir in einer Zeit leben, in der die Folgen der Torheiten nicht mehr begrenzt sind. Ihnen fällt nicht bloss eine Stadt zum Opfer oder eine Herrscher-Dynastie; sie vernichten mit grosser Wahrscheinlichkeit alles Leben auf dieser Welt.

Sollte der Handlungsdruck der sicht- und spürbaren Klimaveränderung auf die Politik nicht ausreichen, muss der Druck von der Strasse kommen. Internationale Jugendorganisationen standen am Anfang der vielen NGO-Aktionen, die letztes Wochenende stattgefunden haben. Ihre Botschaft hat mich beeindruckt: *„Wir betrachten Klimagerechtigkeit als das Recht auf Zukunft.“* Das scheint mir die Verpflichtung für unser Engagement zu sein.

Der Bundesrat täte gut daran, sich ebenfalls von dieser Botschaft leiten zu lassen, wenn er das Verhandlungsmandat für Kopenhagen festlegt. In der Bundesverfassung ist die Verpflichtung dazu formuliert. Artikel 54, Abs. 2 besagt:

„Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.“

Mit dieser Verhandlungsmaxime könnte die Schweiz in Kopenhagen eine glaubwürdige Vorreiterrolle einnehmen und zumindest versuchen, eine konstruktive Vermittler-Rolle zu spielen. Einst standen wir beim Umweltschutz auf internationaler Ebene in der vordersten Reihe, und es hat uns nicht zum Nachteil gereicht.

Über dem Treppenaufgang des Bundeshauses steht der politische Leitspruch für Parlament und Bundesrat. *„Salus publica suprema lex esto“*, das Wohl des Volkes sei oberstes Gebot. Beim Klimaschutz geht es um das Wohl aller Völker weltweit und um unsere gemeinsame Zukunft. Auch Alliance Sud und alle, die in der Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik zusammengeschlossen sind, gehören zum Volk, wir sind der Souverän. Wir wollen, dass Klimaschutz im Bundeshaus endlich zur Chefsache wird und der Bundesrat auf nationaler Ebene und in Kopenhagen seine Verantwortung wahrnimmt. *„Wäre die Welt eine Bank, wäre sie längst gerettet“.*

Bundesrat Moritz Leuenberger, Umwelt- und Energieminister, appellierte Ende August an die Teilnehmenden der Weltklimakonferenz in Genf: *„Lasst uns ehrgeizig sein! Bewegen wir uns in ein Zeitalter der klimatischen Aufklärung!“*

Herr Bundesrat, wir nehmen Sie – und damit den Gesamtbundesrat – beim Wort. Gehen Sie mit dieser Botschaft nach Kopenhagen. Gerechtigkeit ist Realpolitik. Die Welt braucht ein neues, faires Klimaschutzabkommen. Und die Schweiz muss ihren fairen Teil dazu beitragen. Internationale Verpflichtungen sind nationale Hausaufgaben. Die Zeit drängt.

27.10.09 / RB